

Digitale Datensammler in unsere Wohnungen? Nicht mit uns

Vor der jährlichen Vertreter*innenversammlung der Wohnungs-Genossenschaft Altoba (Altonaer Spar- und Bauverein eG) demonstrieren Mieter*innen für Mitsprache über den Einbau datensensibler Technik in ihre Wohnungen und für gelebte genossenschaftliche Demokratie:

Dienstag, 28.05.2019, 17:45 bis 18:30 Uhr

Hotel Gastwerk, Beim Alten Gaswerk 3, Hamburg Bahrenfeld

Konkreter Anlass für den Protest ist der Einbau datenübertragender Rauchwarnmelder in Wohnungen bei der Altoba, die mit zusätzlichen Sensoren ihre Umgebung überwachen.

Die Vernetzung digitaler Technik, das Erfassen, Speichern und Verknüpfen von Daten lässt Menschen gläsern werden. Der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar erläutert: „Da werden Informationen, die auf den ersten Blick nicht als zusammenhängend erkannt werden, nebeneinander gelegt, und dann werden Verbindungen hergestellt.“

Gegen Datenlecks in der Wohnung

Das Brunata-Metrona Funksystem Star ist der erste Schritt der Digitalisierung des Wohnraums seitens der Altoba: Heizkostenverteiler und Funkrauchwarnmelder sind ein potenzielles Datenleck. Sie sind mit zusätzlichen Sensoren ausgestattet und übertragen personenbezogene Daten per Funk an eine Zentrale zur Auswertung. Die computerisierten Geräte sind über eine optische Schnittstelle per Fernbedienung parametrisierbar.

Digitale Stromzähler, die zu smarten Zählern umgerüstet werden können, sind im Rahmen der Energiewende der nächste Schritt. Sie speichern Verbrauchsdaten im 15-Minuten-Takt und liefern somit Verhaltensprofile, warnen Datenschutzbeauftragte.

An den Vorstand der Altoba schrieben Mieter*innen schon im Februar, es gehe um ihre Privatsphäre, ihren Rückzugs- und Erholungsraum und die Unversehrtheit der Daten in ihrem geschützten Privatbereich. Wo Technik in der Wohnung verbaut werde, die nach draußen senden kann, die potenziell manipulierbar und durch Nutzer*innen nicht überprüfbar ist, sei mindestens Entscheidungsfreiheit gefordert.

Für Datensparsamkeit und genossenschaftliche Demokratie

Einige Bewohner*innen freuen sich über den „Komfort“ der neuen Rauchmelder, anderen ist es wichtiger, kein potenzielles Datenleck in ihrer Wohnung zu haben. Sie mögen Smartphones, Smart-TVs oder PCs nutzen, dabei können sie allerdings selbst bestimmen, wie und wann. Über die Computer an der Decke, an der Heizung und im Stromzähler haben sie dagegen gar keine Kontrolle. Deshalb wehren sich die Mieter*innen gegen die Digitalisierung ihrer Wohnungen ohne Zustimmung und fordern gelebte genossenschaftliche Demokratie ein:

- Freie Wahl zwischen konventionellen Rauchwarnmeldern und selbstprüfenden, datenübertragenden Funkrauchwarnmeldern
- Rechtzeitige und umfängliche Informationen der Mieter*innen in Angelegenheiten, die ihr Wohnen betrifft (bessere Informationspolitik)
- Mitsprache der Mieter*innen in Bereichen, die mit Persönlichkeitsrechten und Datenschutz zu tun haben
- Eine offene Diskussion in der Genossenschaft über die Digitalisierung des Wohnraums (Digitalisierungsstrategie)

Für ihre Forderungen sammelten Bewohner*innen des Barnerblocks in Ottensen in wenigen Tagen 130 Unterschriften. Mittlerweile sind rund 200 Unterschriften aus anderen Wohnanlagen der Altoba dazu gekommen. Die Unterschriften werden zur Vertreter*innenversammlung am Dienstag, 28.05., dem Vorstand der Altoba übergeben.

Daten wecken Begehrlichkeiten

Digitalisierung ergreift das Wohnen, wie alle anderen Lebensbereiche. Es gilt Digitalisierung so zu gestalten, dass Menschen die Verfügungsgewalt über ihre Daten behalten. Das Interesse an den Daten ist immens; bei Hacker*innen im Kleinen, bei Firmen und Behörden im Großen.

Die Bundesnetzagentur warnte schon 2016, dass das heimliche Einsetzen von Minikameras unter anderem in Rauchwarnmeldern zum Massenphänomen werden könnte. Entsprechende Geräte gibt es für wenige Euro im Internet zu kaufen. Die Batterien halten mehrere Jahre. Filme der Opfer dieser Angriffe, vermutlich überwiegend Frauen, könnten u. a. in einschlägigen Foren des Internets verbreitet werden.

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) informiert zum Lagebericht zur IT-Sicherheit 2018: „Die Gefährdungslage ist weiterhin hoch. Im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum hat sie sich weiter verschärft und ist zudem vielschichtiger geworden. Es gibt nach wie vor eine hohe Dynamik der Angreifer bei der Weiterentwicklung von Schadprogrammen und Angriffswegen.“

Auch staatliche Institutionen und Sicherheitsforschung haben einen schier unstillbaren Hunger nach Daten aus Mobiltelefonen, Smart-TVs, intelligenten Stromzählern und vielem mehr. Machine-Learning-Algorithmen errechnen aus gewaltigen Datenmengen Persönlichkeitsprofile und Verhaltensprognosen, indem sie Verknüpfungen scheinbar bedeutungsloser Daten herstellen. Abweichungen von der Norm werden selektiert, Personen können überwacht und gegebenenfalls sanktioniert werden (vgl. etwa das Forschungsprojekt INDECT: Intelligentes Informationssystem zur Unterstützung von Überwachung, Suche und Erkennung für die Sicherheit der Bürger im städtischen Raum).

Seit den Anschlägen des 11. September 2001 wird die Unschuldsvermutung, Merkmal eines Rechtsstaats, schleichend in eine Beweispflicht der Unschuld umgekehrt. Nicht die konkrete Gefahr begründet Überwachung, sondern bereits Abweichungen von Verhaltensnormen.

Intelligente Technik ist ein großer Markt der Zukunft. Es werden noch viele Produkte folgen, die mit Komfort und Sicherheit werben – oft zulasten der Freiheit.

Die Mieter*inneninitiative ruft alle auf, sich an der fantasievollen, friedlichen Protestkundgebung vor der Vertreter*innenversammlung zu beteiligen:

Dienstag, 28.05.2019, 17:45 bis 18:30 Uhr
Hotel Gastwerk, Beim Alten Gaswerk 3, Hamburg Bahrenfeld